

GUT GEMEINT REICHT NICHT MEHR

Floh Warum der bürgerliche Klimaaktivismus vom aktivistischen Teil der Konsumbewegung, beispielsweise in Form eines „Carrot Mobs“ noch lange nicht zum Klimaschutz beiträgt, sondern die Durchsetzbarkeit von klimazerstörerischen Strukturen diskursiv stärkt.

Das Klima wird heiß. Das erste Halbjahr 2010 war mal wieder das heißeste aller Zeiten. Naja, zumindest seit der Wetteraufzeichnung. Zum Glück gibt es nun Menschen, die etwas dagegen unternehmen. So wird zum Beispiel Vattenfall aktiv mit der Kampagne: „Making Electricity Clean“ und tritt für saubere Energie ein, die Fraport setzt sich für den lokalen Umwelt- und Biodiversitätsschutz ein und ganz an der Spitze steht natürlich BP, dass sich in Beyond Petroleum umbenannt und sich für eine Energieversorgung ohne Erdöl einsetzt, also gewissermaßen das Erdöl hinter sich lassen will. Natürlich ist es schwer das Vertrauen der BürgerInnen für solche Umweltschutzabsichten zu gewinnen, sind doch Vorurteile allgegenwärtig, dass es

den Konzernen nur um das eigene Geld ginge. Längst hat sich das verändert und die Konzerne ihre globale Verantwortung erkannt. Schade ist, dass das bei den Leuten noch nicht angekommen ist. Denn so müssen die Konzerne viel Geld für Kampagnen ausgeben die das benötigte Vertrauen der BürgerInnen gewinnen sollen. Und es bleibt weniger Geld für den Klimaschutz selbst übrig. Besserung schaffen wollen nun umweltbewegte AktivistInnen. Um das Vertrauen in das Engagement von Konzernen zu stärken, inszenieren sie, unter dem Namen Carrot Mob, einen Wettbewerb darum, welches Unternehmen das umweltfreundlichste sei, oder genauer welches verspricht am meisten Geld in Umweltschutzmaßnahmen zu stecken. Dieses Unternehmen wird dann „belohnt“ durch massenhaftes, kollektives Einkaufen des Carrot Mobs. In der aktuellen Mobilisierung, an der sich unter anderem Greenpeace beteiligt, geht es darum, welcher Supermarkt am meisten Prozent des Einkommens in

ökologische Kühlanlagen steckt. Auch wenn, zugegebener Maßen, der ökologische Effekt daraus nicht bahnbrechend ist um das Klimachaos zu verhindern, ist es ein wichtiges Zeichen, welches da-



Konsumieren als Event - für die gute Sache

durch ausgesendet wird: „Wir sitzen doch alle im gleichen Boot. Deshalb müssen, und werden, wir als VerbraucherInnen gemeinsam mit den Unternehmen für eine ökologische Produktion kämpfen.“ Stopp! Genug Realsatire. Natürlich lässt sich der Klimawandel nicht verhindern, indem mensch den Bock zum Gärtner macht, also den Kapitalismus und seine AkteurInnen zu potentiellen KlimaschützerInnen. Auf diese Idee können wohl auch nur Kapitalismus-Analyseferne Schichten wie das deutsche Bildungsbürgertum, und die daraus entspringende Konsum-Bewegung der Lohas („Lifestyle of Health and Sustainability“) kommen. Na-

türlich in Zusammenarbeit mit Greenpeace für die Verbrauchermacht schon die emanzipatorischere Schiene der propagierten Lösungsansätze darstellt, wo sie ansonsten auch schonmal von einer ökologischen Weltführerschaft träumen: „Politicians talk, Leaders act.“

Wo es schon in der Theorie einleuchtend erscheint, dass ein auf Wertverwertung und Konkurrenz basierendes, globalisiertes Wirtschaftssystem durch seine inneren

Logiken, selbst bei bestem Willen (den ich allerdings nicht unterstellen will) gar nicht anders kann, als die letzten Umweltressourcen in immer schneller werdendem Tempo auszu-beuten, beweist dies die Realität jeden Tag aufs neue. So werden trotz weltweiter Besorgnis die letzten Regenwälder gerodet, trotz Widerstand die genmanipulierte Ver-seuchung in Kauf genommen, oder bewusst gewollt. Und trotz des Wissens um den suizidalen Effekt, wird die Ver-brennung von fossilen Ener-gien erhöht. Dass, im bürger-

lichen Diskurs, das alles auf den angeblich egoistischen Charakter der Menschen, bzw. gleich „der menschlichen Natur“ zurückgeführt wird, ist die Spitze des Eisberges – welcher leider nur außerhalb dieses Vergleiches am schmelzen ist.

Zwar ist es in der Theorie möglich, die (umwelt-) zerstörerischen Auswirkungen der kapitalistischen Logik durch staat-



Hier wird ernst gemacht - beim reinfallen auf falsche Lösungskonzepte

liche Eingriffe graduell zu mindern. Doch erstens ist das eben nur graduell möglich, da die zerstörerische Potenz in der Grundlogik des Kapitalismus, welche eine Produktion von menschlichen Bedürfnissen entkoppelt, liegt, und zweitens bestätigt auch hier die Realität wiederum die Theorie, dass Staaten nicht außerhalb einer kapitalistischen Logik angesiedelt sind. Als „ideelle Gesamtkapitalisten“ (ohne Staaten auf diese Funktion reduzieren zu wollen) stecken sie mittendrin



Glückwunsch!: Viele neue Kunden und das Klima gerettet!

im Strudel dieser Logik und müssen so zum Beispiel die Nationalökonomie in Konkurrenz zu anderen solchen umsorgen. Ein Staat, welcher einfach so harte Umweltgesetze einführt, oder bei internationalen Verhandlungen nicht positive Ausnahmen für die eigene Nationalökonomie will handelt etwa so, wie ein Besitzer eines Hotels auf der Schlossallee, im tollen Gesellschaftsspiel Monopoly, welche/r dieses für PasantInnen kostenlos zur Verfügung stellt. Um vielleicht im Gegenzug dafür die Bahnhöfe der anderen kostenfrei nutzen zu können, oder eine „Komme aus dem Gefängnis frei“ Karte bei Bedarf geschenkt zu bekommen. Was aus menschlicher Sicht Sinn macht, ist einfach nicht der Sinn des Spiels. Und in dessen erbitterten Konkurrenz wird wohl nicht einmal eine/r der SpielerInnen auf die Idee kommen, dass außerhalb dieser Konkurrenz eine viel sinnigere Logik liegen mag.

Da dieser Vergleich im Prinzip genauso auf die AkteurInnen kleinkapitalistischer oder mittelständischer Unternehmen zutrifft wie auf die des Groß- und Aktienkapitals sowie auf staatliche Interessen, wird klar das jede Form bürgerlicher Utopie, welche das Heil wahlweise in

staatlicher Regulation, kleinkapitalistischen Strukturen, oder dem Druck der guten VerbraucherInnenmacht sucht, gleichermaßen verkürzt ist, da das alles nur verschiedene Spielarten einer blutigen kapitalistischen Logik sind. Das alles einmal ganz davon abgesehen, dass ich weder die Aussicht auf eine Ökodiktatur, noch die Entfremdung und die Unzugänglichkeit zum gesellschaftlichen Reichtum, auch einer angeblich möglichen Öko-Marktwirtschaft erfreulich finde, oder gar einem Prinzip von freien Menschen in freien Vereinbarungen vorziehen würde, welche zwangsläufig mit jeder kapitalistischen Logik brechen muss (sowie mit vielen anderen ebenfalls).

Von alledem will der Karottenmob und sonstige VertreterInnen des bürgerlichen Umweltschutzes nichts wissen. Ob durch die Verblendung durch den bürgerlichen Diskurs, oder aus Angst vor der eigenen Macht, welche im Bruch mit systemkonformen Lösungen zu finden wäre erbringen sie das, was eben diese Schein-

lösungen am dringenden benötigen: Die Reproduktion genau dieses bürgerlichen Diskurses. So führt ein - unterstellter - guter Wille, genau zur Verhinderung der eigenen Ziele.

Denn irgendwie für einen Klima- oder Umweltschutz zu sein, ist heute überhaupt keine Aussage mehr. Das sind Vattenfall und BP genauso wie Frau Merkel und die Bild-Zeitung. Der Begriff ist in etwa so aussagekräftig wie Gerechtigkeit oder Freiheit. Jede/r versucht diese Begriffe für sich und die eigene Interessen und Ideologie zu vereinnahmen. So ist es dann auch nicht ein erster Schritt, wenn Menschen sich „irgendwie für das Klima einsetzen“, denn kapitalistische AkteurInnen, egal ob ManagerInnen oder PolitikerInnen sind darauf angewiesen zu suggerieren, sie hätten Lösungen gegen die bevorstehende Klimakatastrophe. Ansonsten ist die Durchsetzbarkeit kapitalistischer Herrschaft schnell gefährdet. Nicht zu vergessen ist, dass vielerorts auf der Welt der Klimawandel bereits die Lebensgrundlagen der Menschen zerstört. Wenn sich, wie das aktuell der Fall ist, andeutet, dass der globalisierte Kapitalismus, samt seiner nationalen Regimen, nichtmal im Ansatz eine Lösung findet, ja nichtmal etwas was als solche verkauft werden könnte, ist die Möglichkeit vorhanden, dass das Vertrauen auf breiter Ebene verloren geht, und Widerstand wächst.

Was im glücklichsten Fall zur Überwindung der Herrschaft der falschen



Irgendwie für einen Klima- oder Umweltschutz zu sein ist heute überhaupt keine Aussage mehr

Lösungen führen würde, und im schlechtesten dazu, dass die oben genannten etwas ernsthaftere Anstrengungen machen etwas zu finden dass sie als Lösungen verkaufen können. Legitimatorische Aktionen wie die der Carrot Mobs bilden den Kitt, welcher den gesellschaftlichen Diskurs zusammenhält und einen Nährboden für die Greenwashingkampagnen der Unternehmen bildet. Es gibt also zwei Arten von Klimaschutzaktivitäten: Jene die den Boden für die Klimazerstörung ebnen (so paradox das klingen mag), durchgeführt von einem breiten Bündnis bürgerlicher UmweltschützerInnen und

AkteurInnen der bestehenden Verhältnissen, und jene die potentiell Umweltschützend sein können, indem sie durch eine theoretische Kritik den kapitalistischen Normalzustand angreifen, durch Utopien aufzeigen was an Alternativen möglich ist, und durch direkte Aktionen, auf eine utopische Umgangsweise, dem kapitalistischen Alltag Steine in den Weg legen. Es gibt nicht nur Schwarz und Weiß, sondern auch viele Graustufen. Trotzdem sollte sich jede_r der/die das Klima und die Umwelt ernsthaft retten will fragen ob mensch Teil des Problems oder Teil der Lösung sein will. Feuer kann

nicht mit Feuer bekämpft werden.



Die Philosophie des CMs: Den Kapitalismus mit einer Karotte zu grünen Ufern locken.

SCHLICHTUNG, MEDIATION, INTEGRATION

Floh Dieser Artikel wurde geschrieben lange bevor die Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21 angefangen habe, und während diese unter dem Namen Friedenskongress im Gespräch waren. Inzwischen läuft die Schlichtung längst, und alles in diesem Artikel befürchtete ist lange Realität geworden.

Seit Beginn der Abrissmaßnahmen für Stuttgart 21 hat der Widerstand gegen dieses Projekt eine massive Breite erlangt. Fast täglich sind Tausende bis Zehntausende auf der Straße und teilweise bleibt das Ganze nicht nur symbolisch, sondern es wird auch real versucht zu blockieren. Wo die einen fest behaupten, Stuttgart 21 sei unumkehrbar, bekommen es die anderen mit der Angst zu tun und fürchten um den öffentlichen Frieden. So etwa Boris Palmer, Tübingens grüner OB, welcher die Unterbrechungen der Baumaßnahmen fordert für die Einrichtung eines Kongresses mit Gegner_innen und Befürworter_innen, um ein "gemeinsames Ergebnis" auszuarbeiten. Dass all das nur der Befriedung des Konfliktes dienen soll, gibt Palmer unumwunden zu.

Dieser Artikel ist der Versuch einer Einordnung der Strategie von Befriedungsmaßnahmen dieser Art und ein Plädoyer dafür, den Widerstand nicht befrieden und nicht in systemkonforme Bahnen integrieren zu lassen.

Widerstand gegen ungewollte Großprojekte wird heutzutage normalerweise einfach ignoriert. Zu wenig Durchschlagskraft hat der Widerstand, zu leicht lassen sich die aktiven Teile isolieren. So ist es ein Leichtes wirtschaftlich und politisch gewollte

Großprojekte durchzuknüppeln, ohne dass die Risse im Legitimationsfundament der Herrschaft einen Flächenbrand erfahren oder, um im Bild zu bleiben, das Legitimationskonstrukt zum Einbrechen bringen. Seit den Erfahrungen der großen Bauplatzbesetzungen der 80er gegen die Startbahn-West, Atomkraftwerke oder Wiederaufbereitungsanlagen gab es keine Auseinandersetzungen mehr (zumindest nicht gegen einzelne Bauvorhaben) die zum Ergebnis hatten, dass auf lokaler Ebene in weiten Teilen der Bevölkerung jede Loyalität zu den herrschenden Strukturen verloren ging, und die Politik hat seitdem dazu gelernt:

So wurde schon beim wiederholten Ausbau des Frankfurter Flughafens, mit der Landebahn Nordwest der Versuch unternommen, den nach wie vor vorhandenen Widerstand gegen den Flughafen (welcher zu Beginn der Planungen für die Landebahn noch viel breiter war als dann beim Ausbau selbst) mit einer Mediation zu befrieden. Dabei sollte per rundem Tisch den GegnerInnen suggeriert werden, sie könn-

ten an der Entscheidungsfindung teilhaben, um so die Akzeptanz zu stärken und den Protest in institutionelle und kontrollierbare Wege lenken.

Nun, da die Proteste gegen Stuttgart 21 eine Breite gewinnen, die wohl manch Eine/n erschauern, und - wenn schon nicht um die Legitimation von Herrschaftsstrukturen - so doch um den eigenen Sesselplatz fürchten lassen, kommen ähnliche Ideen auf. Festzuhalten gilt es hier schonmal, dass überhaupt die Idee, das - konstruierte - einfache Volk könne irgendetwas mitentscheiden, erst zu dem Zeitpunkt aufkommt, wo es einigen Angst und Bange wird und nicht wie oft argumentiert, weil sich alle brav an die Spielregeln halten.

Wer würde sich nun besser eignen für das Fordern einer Befriedungsmaßnahme als ein grüner Oberbürgermeister? Steht doch diese Partei als solche für die erfolgreiche Befriedung fast einer kompletten Widerstandsbewegung, haben doch etliche ihre



gesamten Hoffnungen in diese Partei gesteckt und damit den Glauben an die Selbstermächtigung aufgegeben. So brachte Boris Palmer, Tübinger OB, nachdem einige Hunderte die Baustelle besetzten, den Vorschlag die Bauarbeiten für einige Monate zu unterbrechen und währenddessen eine Konferenz einzurichten, an der BefürworterInnen und GegnerInnen teilnehmen sollen. Bis etwa Ende des Jahres sollte das gehen und bis dahin ein Ergebnis erzeugen. Die Unterbrechungen sollen "eindeutig befristet sein und eine Friedenspflicht der Projektgegner bewirken: keine Demonstration im Zeitraum der Gespräche". So offen lässt Palmer aus dem Sack worum es geht: Die Friedenspflicht bewirken. Deutlicher kann es nicht gesagt werden. Weitergedacht heißt das aber auch, dass jene, die sich auf diese Verhandlungen einlassen wollen, innerhalb der ProjektgegnerInnen jeden Protest außerhalb dieses "Kongresses" verhindern müssen. Also die Drohung von oben weitergeben müssen, dass ansonsten die Verhandlungen platzen. Genau das würde zu einer enormen - gewollten - Spaltung führen. Außerdem hat sich oft gezeigt, dass bei einer solchen Unterbrechung der Proteste die Wiederaufnahme derer meist nur kläglich gelingt, weil die Luft und die Dynamik draußen sind.

Palmer wird aber noch deutlicher worum es ihm eigentlich geht. Denn es "führt entweder das verabschiedete Papier selbst zu einer Befriedigung (Anm.: wohl Befriedigung gemeint) der Situation" oder die Integrationsmaßnahmen werden "auch bei der Mehrheit der Gegner zu einer Akzeptanz führen, die für die Zukunft ein gedeihliches Miteinander auch mit Stuttgart 21 ermöglicht". Es wird also gar nicht versucht zu suggerieren, dass es um so etwas wie "Mitentscheidung" (welche ja noch genug zu kritisieren wäre, da sie eben nicht Selbstbestimmung ist) der Betroffenen an sich gehen könnte, sondern erklärtes Ziel ist ganz eindeutig eine weitere Legitimationsebene zu schaffen, um dieses Projekt GEGEN den Willen der davon Betroffenen durchzusetzen.

Auf einer Meta-Ebene geht es bei solchen Auseinandersetzungen also immer darum, dass ab einer Breite, bei der die Herrschaftsseite handlungs-

bedarf erkennt, versucht wird den Widerstand zu integrieren in vorgegebene, institutionelle Rahmen. Dadurch wird jede herrschaftsüberwindende Potenz zerstört und im Gegenteil, die innovativen Elemente, davon absorbiert und in systemkonforme Bahnen gelenkt. So wird das System bei jeder erfolgreichen Integration modernisiert. Ganz nach dem Motto: Was uns nicht umbringt, macht uns stark. Da es aber das Ziel jeden emanzipatorischen Anspruches sein muss eben jenes System umzubringen, muss jeder Integrationsversuch erkannt werden und auf das entschiedenste abgelehnt werden.

Das Ziel des Mediationsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens wurde erkannt von den Bürgerinitiativen und fast geschlossen abgelehnt. Innerhalb der Frankfurter BIs sind aber auch herrschaftskritische Gruppen und Menschen, die einen gewissen diskursiven Einfluss haben. Gibt es solche herrschaftskritischen Strömungen auch in Stuttgart? Oder wenigstens Leute die strategisch soweit denken können, um zu erkennen, dass genau Palmers Kongress das Ende jeden Widerstandes wäre?

Worum geht es bei Stuttgart 21?

Mit Stuttgart 21 soll der überirdische Kopfbahnhof zu einem unterirdischen Durchgangsbahnhof umgebaut werden. Das wäre über Jahre hinweg Europas größte Baustelle. Der denkmalgeschützte Bahnhof müsste abgerissen werden (und wird es bereits) und der Schlosspark zerstört werden.

Zudem ist die Frage, ob für die Milliarden, die in dieses Projekt gesteckt werden, nicht der Regionalverkehr ausgebaut oder die Ticketpreise gesenkt werden könnte, beides würde wohl den Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern und somit Emissionen einsparen. Aber das ist ja noch nie das Ziel der Bahn gewesen. Die Milliardenverschwendung ist auch eines der Hauptargumente der GegnerInnen von Stuttgart 21 - wo sich die Frage stellt: Ob der Staat oder das Land das Geld nun in Panzer und Kriege, in Überwachungstechnologie und neue Polizeiknüppel steckt, in Autobahnen oder in hässliche neue Bahnhöfe? Hm, am besten es gäbe halt keinen den Menschen überge-

ordneten Staat, der durch seine immanente Logik so 'ne Scheiße macht.

Ein weiteres Argument ist die lange Baustelle, ein durchaus verständliches Argument von AnwohnerInnen oder sonstwie Betroffene - nur eben auch nicht revolutionär - die Zerstörung des alten Bahnhofes, und die fehlende Bürgerbeteiligung - wo Menschen mit einem Ansatz "von unten" eben Selbstbestimmung fordern müssten.

Vom Umfang her, hat diese Bewegung das Potenzial dem Bauvorhaben und seinen AkteurInnen langfristig Probleme zu bereiten und so die Politik in eine Legitimationskrise zu stürzen. Dadurch ist es sicherlich auch noch möglich, dass das Projekt in letzter Sekunde abgeblasen wird, um eben das zu verhindern.

Die Frage, die sich hier stellt, ist aber auch: welches Potenzial hat dieser Widerstand/Protest für eine emanzipatorische Bewegung? Ist es ganz abgesehen von allen Inhalten schon ein Erfolg, wenn seit langem mal wieder ein Projekt, welches von Land und Konzernen unbedingt durchgesetzt werden soll, verhindert werden könnte? Ist es dadurch möglich, dass Menschen eigene Handlungsmöglichkeiten erkennen? Wird alleine die Erfahrung, bei allen Argumenten nicht gehört zu werden und bei direkterem Widerstand die direkte Repression zu spüren bekommen, dazu führen, dass Menschen das Vertrauen in den Staat und die Demokratie verlieren, also das Spiel durchschauen, sowie das z.B. auch an der Startbahn West oder in Wackersdorf der Fall war? Gibt es Gruppen, die mit radikaleren Inhalten in den Widerstand rein gehen? Wird das Wissen über Aktionsmethoden dazu führen, dass Menschen sich auch in anderen Bereichen weniger gefallen lassen und öfters mal - beispielsweise - die Straße dicht machen?

